

Aviso

Auf Grund des Beschlusses des Unterrichtsausschusses vom 28. Jänner 2015 hat der Unterausschuss zur Vorbehandlung

der Bürgerinitiative (2/BI) betreffend "Finanzielle Gleichstellung der Schulen in freier Trägerschaft mit den konfessionellen Privatschulen. GLEICHHEIT FÜR ALLE SCHULKINDER!",
der Bürgerinitiative (3/BI) betreffend "'Wir wollen mitbestimmen' - Bürgerinitiative für mehr SchülerInnenmitbestimmung und Schuldemokratie",
der Bürgerinitiative (4/BI) betreffend "Demokratie macht Schule - MEINE MEINUNG ist nicht wuascht!",
der Bürgerinitiative (11/BI) betreffend "Direktwahl der Landes- und Bundes-schülervertretung durch die OberstufenschülerInnen der österreichischen AHS, BMHS und BS",
der Bürgerinitiative (13/BI) betreffend "Barrierefreiheit als Pflichtfach",
der Bürgerinitiative (19/BI) betreffend "Einführung eines eigenständigen Unterrichtsfaches "Politische Bildung" an allen Schulen ab der 7. Schulstufe (3. Hauptschule, Neue Mittelschule oder Gymnasium)" und
der Bürgerinitiative (26/BI) betreffend "Änderung des Bundesverfassungsgesetzes und Bundesrahmengesetz zur Struktur und Organisationsgestaltung für elementar-pädagogische Einrichtungen und Horte" sowie
des Antrages 136/A(E) der Abgeordneten Dr. Harald Walser, Kolleginnen und Kollegen betreffend flexible Schuleingangsphase,
des Antrages 223/A(E) der Abgeordneten Dr. Walter Rosenkranz, Kolleginnen und Kollegen betreffend "Unsere Kinder sind keine Versuchskaninchen - die Neue Mittelschule muss gestoppt werden!",
des Antrages 324/A(E) der Abgeordneten Dr. Harald Walser, Kolleginnen und Kollegen betreffend Schaffung von Schulombudsstellen für SchülerInnen und Eltern,
des Antrages 370/A(E) der Abgeordneten Dr. Walter Rosenkranz, Kolleginnen und Kollegen betreffend Einrichtung weisungsfreier Ombudsstellen für Schüler und deren Eltern,
des Antrages 379/A(E) der Abgeordneten Mag. Dr. Matthias Strolz, Kolleginnen und Kollegen betreffend Umsetzung der Vorschläge des Rechnungshofes zur Verwaltungsreform,
des Antrages 380/A(E) der Abgeordneten Mag. Dr. Matthias Strolz, Kolleginnen und Kollegen betreffend Reform der Schulverwaltung,
des Antrages 421/A(E) der Abgeordneten Dr. Harald Walser, Kolleginnen und Kollegen betreffend Finanzierung von Schulen in freier Trägerschaft,
des Antrages 423/A(E) der Abgeordneten Dr. Harald Walser, Kolleginnen und Kollegen betreffend neue Ferienordnung,
des Antrages 424/A(E) der Abgeordneten Dr. Harald Walser, Kolleginnen und Kollegen betreffend Durchsetzung der Änderung der Landeslehrer-Controllingverordnung,
des Antrages 427/A(E) der Abgeordneten Dr. Harald Walser, Kolleginnen und Kollegen betreffend indexbasierte Mittelzuwendung für Schulen zur individuellen Förderung,
des Antrages 441/A(E) der Abgeordneten Dr. Walter Rosenkranz, Kolleginnen und Kollegen betreffend Redimensionierung des Bundesinstituts für Bildungsforschung und Entwicklung des österreichischen Schulwesens (BIFIE),
des Antrages 482/A(E) der Abgeordneten Dr. Walter Rosenkranz, Kolleginnen und Kollegen betreffend Abschaffung der vorwissenschaftlichen Arbeit (VWA),

des Antrages 515/A(E) der Abgeordneten Mag. Dr. Matthias Strolz, Kolleginnen und Kollegen betreffend Qualitätssteigerung des Schulwesens durch objektive Auswahlverfahren für Schulleiter_innen sowie Förderung der Schulleiter_innenausbildung, des Antrages 518/A(E) der Abgeordneten Dr. Walter Rosenkranz, Kolleginnen und Kollegen betreffend Einführung einer verpflichtenden Sprachstandserhebung vor Eintritt in die Primarschule bei Kindern mit Migrationshintergrund und des Antrages 523/A(E) der Abgeordneten Mag. Dr. Matthias Strolz, Kolleginnen und Kollegen betreffend Übernahme der Kosten für das Lehrpersonal an nicht-konfessionellen Schulen in freier Trägerschaft

nunmehr auch die Vorlagen:

Antrag 466/A(E) der Abgeordneten Dr. Harald Walser, Kolleginnen und Kollegen betreffend Einführung eines eigenständigen Pflichtfaches Politische Bildung und Bürgerinitiative (45/BI) betreffend "Handy- und Internetnutzung von Kindern und Jugendlichen"

vorzubehandeln.

Dies ist auf der bereits ausgegebenen Einladung für die Sitzung am **Mittwoch, dem 18. Februar 2015, um 13 Uhr** im Lokal VI (Budgetsaal) noch nicht berücksichtigt.

In dieser Sitzung soll die **Spezialdebatte** zum Thema "**Stärkung der Volksschule**" abgehalten werden.

Es ist in Aussicht genommen, diese Sitzung um 16 Uhr zu beenden.

Wien, 2015 01 29